



Blattjahrespreis Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf.,
ausserhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inseratspreise für den
Raum einer sechszeiligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erpedition: Herrenstrasse Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 350. Mittag-Ausgabe.

Sechshundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 30. Juli 1875.

Deutschland.

Berlin, 29. Juli. [Amliches.] Se. Majestät der König hat dem
Professor Dr. Grelle zu Hannover, und dem pensionirten Steuer-Einnehmer
Dannenberg zu Jüterburg den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem
Capitän zur See z. D. Hassenstein zu Kiel den königlichen Kronen-Orden
zweiter Klasse; dem Revierförster Delion zu Dragen, Amts Bishorn, den
Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem pensionirten Schleusenmeister
Belz zu Colonie Rosenbek im Kreise Niederbarnim, und den Schuhmännern
Vitrantowich und Lufft zu Stettin das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie
dem Unter-Lieutenant zur See Stieber die Rettungs-Medaille am Bande
verliehen.

Dem Herrn Ricasio Moral y Canete ist Namens des Deutschen
Reiches das Exequatur als königlich spanischer Vice-Consul in Hamburg er-
theilt worden. — Der Consul des Deutschen Reiches für Lissabon und Piraues,
H. Wilberg, hat den Kaufmann August Rothschild in Piraues zum
Consular-Agenten bestellt.

Ihre Majestät die Königin hat dem Instrumentenmacher und Wandagisten
Friedrich Anton Eschbaum zu Bonn das Prädicat eines Hof-Lieferanten
Allerböchstselben verliehen.

Die Wahl des ordentlichen Lehrers am Friedrichs-Gymnasium in Breslau
Dr. Wilhelm Böttner zum Oberlehrer beim Gymnasium in Schweidnitz ist
genehmigt worden. — Die königlichen Eisenbahn-Maschinenmeister Klobes-
torn zu Schneidemühl und Holzbeuer zu Osterode sind in gleicher Eigen-
schaft resp. nach Bromberg und Schneidemühl versetzt worden. — Der Lehrer
Dr. Adolph Holtermann zu Elberfeld ist zum Gewerbeschullehrer ernannt
und an der Gewerbeschule zu Elberfeld angestellt worden.

Berlin, 29. Juli. [Se. Majestät der Kaiser und Königin]
hat am Dienstag, den 27. d. M. den Grafen zu Suleburg, Director
der Hauptverwaltung der Staatsschulden und dessen Sohn, den Ober-
Präsidenten der Provinz Hannover, sowie den Grafen von Lehnhorst-
Steinort, den Landes-Chef für Salzburg, Grafen Thun und den Bezirks-
Präsidenten Grafen Lamberg zur Tafel gezogen.

Heute findet in der Schweizerhütte im Gasener Thale ein Diner
statt.

Das Befinden Sr. Majestät des Kaisers und Königs ist ein sehr
gutes.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] wird von Schloss
Mainau aus einen kurzen Ausflug in die Schweiz machen und in den
ersten Tagen des August in Potsdam eintreffen. — Ihre Majestäten
der König und die Königin von Württemberg besuchten in der Mainau
die Kaiserin und die Großherzogliche Familie, welche den Besuch in
Friedrichshafen erwiderten.

Berlin, 29. Juli. [Maturitätsprüfung.] — Lehrer
Kohleder. — Der Handelsverkehr mit Syth. — Wechsel-
stempelsteuer. Nach der Neuvergebung Hannovers, Hessen-Nassaus
und Schleswig-Holsteins im Jahre 1866 beabsichtigte der damalige,
inzwischen verabschiedete und gestorbene Unterrichtsminister v. Mähler
eine gleichförmige Ordnung für die Maturitätsprüfung, so daß in dem-
selben Lande nicht für denselben Gegenstand verschiedene Ordnungen
vorhanden wären. Demgemäß wurden die eingehendsten Vorarbeiten
getroffen, Gutachten von allen Seiten eingezogen und Berichte ersor-
dert. Der Krieg von 1870 bis 1871 trat hindernd dazwischen, doch
hatte v. Mähler bei seinem Abgange, Anfang 1872, den Entwurf
fertig gestellt. Wie man gesehen, hat Dr. Falk von demselben keinen
Gebrauch gemacht, so daß die zu den Universitäten abgehenden Pri-
maner in den alten Landen nach einer andern Ordnung als die in
den verschiedenen neuen Landen geprüft wurden. Ob die Angelegenheit nach
dem Eintritt des Dr. Bonitz in das Ministerium wieder aufgenommen
werden wird, steht dahin. Gut wäre es jedenfalls, den Erlaß von
Prüfungs-Ordnungen überhaupt nicht mehr, wie das jetzt der Fall ist,
als reine Verwaltungs-Maßregeln anzusehen und einfach durch
den Minister mit voller Gesetzeskraft verkündigen zu lassen.
In der früheren Zeit bedurften derartige Prüfungs-Ordnungen
der landesherlichen Genehmigung, erhielten also doch die Geset-
gebungs-Cancellerie, und das Prüfungs-Reglement für die zur Univer-
sität übergehenden Schüler, das von 1834, welches die Grundlage
des heut bestehenden ist, mußte von dem Könige Friedrich Wilhelm III.
genehmigt werden, und diese Genehmigung ist bei dem Erscheinen
der Prüfungs-Ordnung ausdrücklich mit bekannt gemacht worden. —
Die Berufung, welche der seines Amtes entsetzte Provinzial-Schul-
Rath in Friedeberg (Regierungsbezirk Frankfurt a. O.) gegen
den Spruch des hiesigen Provinzial-Schulcollegiums das nämlich, wie
man sich erinnern werde, als Spruchbehörde erster Instanz die Amts-
enthebung ausgesprochen hatte, bei dem Staatsministerium eingelegt
hat, ist noch nicht erledigt, da das Staatsministerium zuvor erst immer
das Gutachten des Disciplinarhofs einzuziehen pflegt und dann erst
Referenten zu einem schriftlichen Vortrage bestellt. Die Amts-
enthebung erfolgte bekanntlich, weil Herr Kohleder vor seiner Beidi-
gung als Geschworener erklärte, er glaube an keinen persönlichen Gott.
Wenn man erwägt, daß der Oberkirchenrath die von dem hiesigen
Consistorium gegen den Prediger Eybow ausgesprochene Amtsentlassung
vernichtet und den Angeklagten nach Belegung mit einem scharfen
Verweise, in den vorigen Stand wieder eingestuft hat, so kann man einen
ähnlichen Bescheid des Staatsministeriums um so eher erwarten, als
der König Friedrich Wilhelm IV. bei dem Erscheinen des Patents
wegen Bildung neuer Religionsgesellschaften, durch gleichzeitigen Erlaß
vom 30. März 1847 den Militär- und Civilbeamten, welche Dis-
sidenten werden, keine Schmälerung der mit dem Amte verbundenen
Rechte auferlegt wissen wollte und dies dem Staatsministerium ganz
besonders kund gethan hat. Inzwischen sind Herrn Kohleder bekannt-
lich schon Anerbietungen gemacht worden, welche ihm eine auskömm-
liche Stellung sichern. — Nach einem Bericht des deutschen Reichs-
consul aus Jasmel (Syth) blieb der dortige directe Handelsverkehr
mit Deutschland unverändert gering, und es ist hierin wohl kaum
eine Veränderung zu erwarten, da sich die dortigen Verbindungen fast
ausschließlich auf England, Frankreich, Belgien und die Vereinigten
Staaten Amerika's beschränken. — Im I. Semester d. J. kam im
deutschen Reich nach den Aufstellungen des Reichsfinanzamtes der
höchste Betrag an Wechselstempelsteuer im Januar ein, nämlich
662,757 Mark (im Januar 1873 dagegen nur 696,933 Mark in
einer Zeit, wo die „Gründungen“ viele Wechselverbindlichkeiten be-
dingten), es folgte der Juni mit 607,443 M., der April mit 605,797
M., der März mit 593,268 M., der Mai mit 582,090 M., der
Februar mit 564,062 M. In Bayern kam dagegen im Februar das
Meiste ein, nämlich 33,836 M. und dies ist überhaupt der höchste
Betrag, welchen dieses Land geliefert, während z. B. Berlin allein
im Januar 76,353 M. aufgebracht hat.

Berlin, 29. Juli. [Die Reichsgesetzgebung und das
Klostergesetz. — Die Frage der „Freieremplare.“] Die
„Köln. Ztg.“ bezeichnet die von der „Magdeb. Ztg.“ gebrachte Mit-
theilung, Preußen werde demnächst beim Bundesrath die Ausdehnung
des Gesetzes über die Orden und ordensähnlichen Congregationen,
sowie des Gesetzes über die Verwaltung des Kirchenvermögens in den
katholischen Gemeinden auf das Reich beantragen, soweit das zweite
Gesetz in Frage komme, als handgreiflich irrig, bezüglich des ersteren
als mindestens zweifelhaft. Gleichzeitig erklärt sich das Blatt gegen
beide Maßregeln und hierin liegt auch wohl die Erklärung für seine
Zweifel an der Richtigkeit mindestens des letzteren Theils der Nachricht.
Thatsächlich kann es nämlich als gewiß betrachtet werden, daß die
preussische Regierung die Ausdehnung des Klostergesetzes auf das Reich
beantragen wird, weil dasselbe nach ihrer Ansicht „ein Schlag
ins Wasser“ bleiben würde. Bei der Berathung desselben im Herren-
hause (22. Mai d. J.) erklärte denn auch der Cultusminister, er sei
der Ueberzeugung, daß, wenn in einzelnen Punkten der Reichsgesetz-
gebung ergänzend eingetreten sein werde, man von einem vorläufigen
Abschluß der kirchenpolitischen Gesetzgebung werde sprechen können.
Diese Ergänzung bezog sich ohne Frage dem Zusammenhang nach auf
das Klostergesetz, vielleicht auch auf andere. Bezüglich des Vermögens-
verwaltungs-Gesetzes mag die „K. Z.“ im Recht sein, wenn auch dem von
ihm angeführten Umstand, Baden, Bayern u. s. w. hätten diese Frage
bereits gesetzlich geordnet, jedenfalls keine entscheidende Bedeutung bei-
zulegen ist. Bis jetzt wenigstens hat sich die Reichsgesetzgebung durch
denselben nicht hindern lassen, wie sie das auch naturgemäß nicht
kann. Ob freilich ein Bedürfnis vorliegt, gerade dieses Gesetz auf das
Reich auszudehnen, ist eine andere Frage. — An einen neuerdings
ergangenen Erlaß des Cultusministers, wonach es einer Einreichung
der in den einzelnen Provinzen erschienenen Bücher an die hiesige
königliche Bibliothek fernerhin nicht mehr bedürfe, knüpft ein hiesiger
Correspondent die Vermuthung, daß nun auch die Einrichtung fallen
werde, wonach die Buchhändler im preussischen Staat ein sogenanntes
Pflicht- oder richtiger Frei-Exemplar aller in ihrem Verlag erschein-
enden Bücher an die Landes- und ein zweites an die Universitäts-
Bibliothek ihrer Provinz abgeben müssen. Es wäre nur zu wünschen,
daß diese Vermuthung sich bestätigte. Bekanntlich überließ der Entwurf
des Reichspressgesetzes die Aufrechterhaltung oder Abschaffung der be-
züglichen Verpflichtung der Presse, resp. des Buchhandels, „da sie nur
particulare Interessen berührt und die Frage ihres Fortbestandes für
eine gemeinsame Gesetzgebung des Reichs bedeutungslos erscheine“, der Ent-
scheidung der Einzelregierungen. Der Reichstag seinerseits schloß sich dieser
Anschauung an, indem er sowohl ein Amendement des Abg. Dr.
Brochhaus, das die Verpflichtung grundsätzlich und allgemein auf-
gehoben wissen wollte, wie verschiedene andere, die sie wenigstens einzu-
schränken versuchten, verworf. Man mag nun mit dieser Anschauung
übereinstimmen oder sich für die unserer Ansicht nach richtigere, damals
namentlich von dem Abg. Behrens-Fennig vertretene entscheiden, daß
diese Frage allerdings in die Reichsgesetzgebung gehöre, darüber aber
wird kein Zweifel sein können, daß die Fortdauer jener Belastung des
Buchhändlerbetriebs jedem Gerechtigkeitsgefühl widerspricht, daß sie aber
überdies in vielen Beziehungen ganz unnütz ist. Thatsächlich ist das
Frei-Exemplar nichts anderes, als eine, in einzelnen Fällen sehr hohe,
außerordentliche Besteuerung des Buchhändlers, dann aber ist die Ab-
gabe derselben an die Universitäten darum so oft unnütz und die Be-
steuerung um so ungerechter, weil, wie man wohl annehmen darf,
zahllose Schriften nicht aufbewahrt, sondern vermaculirt werden. Ist
nun einmal die Regelung dieser Frage von Reichswegen nicht beliebt
und somit der principiell richtige Standpunkt verlassen worden, so
bleibt nur zu wünschen, daß wenigstens die preussische Regierung mit
der Ausübung der betreffenden Bestimmungen wirklich vorgehe.

[S. v. Schweiger +.] Der bekannte Dramatiker und ehe-
malige Präsident des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“, S. v.
Schweiger, ist nach einer Berliner Nachricht vorgestern in der Schweiz
eines jähen Todes im besten Mannesalter gestorben. Das „Berliner
Fremden- und Anzeigblatt“ berichtet darüber:
Herr v. Schweiger, welcher sich seit mehreren Wochen auf einer Erholungs-
reise in der Schweiz befindet und abermals ein neues fünfziges Jubiläum
vollendet hat, liegt, wie in einem hohen von dort hier eingetroffenen Privat-
briefe mitgeteilt wird, in seinem damaligen Aufenthaltsorte am Brienzersee
in Folge einer Erkrankung schwer krank darnieder. Seit zwei Tagen ist er
ohne Bewußtsein und wird drei Aerzte mit seiner Behandlung betraut. Man
hofft jedoch, daß in dem Befinden des Kranken bald eine günstige Wendung
eintreten werde. — Ein heut uns mitgetheiltes Brief der Frau v. Schweiger
meldet: „Mein armer Mann liegt im bestigsten Herbenheber, welches seit
8 Tagen sich aus der vorgehenden Krankheit entwickelt hat. Die Aerzte
haben noch nichts von einer Besserung bemerkt, er ist noch immer bewußtlos.
Ich habe zwei Aerzte und Wärter.“ — Ein jenseitigen Herrn F. Röder zuge-
gangenes Telegramm der Frau Toni v. Schweiger aus Giesbach, den 29.
9 Uhr Vorm., meldet: daß Herr v. Schweiger gestern (28.) Abends
11 Uhr gestorben ist.

Hannover, 28. Juli. [Versammlung.] Am 26. d. fand
eine Versammlung kirchlicher Vertrauensmänner, die der liber-
aleren Richtung des Protestantismus angehören, statt. Demnächst
soll eine allgemeine Landesversammlung abgehalten werden, auf der
man die Mittel berathen will, das auf der Provinz Hannover ruhende
geistliche Joch zu brechen.
Fulda, 28. Juli. [Zum Gesetze über die Verwaltung
des Kirchenvermögens.] Nicht geringes Aufsehen erregt die gestern
von der ultramontanen „Fulda. Z.“ gebrachte Nachricht, daß seitens
des Herrn Oberpräsidenten unserer Provinz bis jetzt noch gar keine
Anfrage darüber ergangen sei, ob das hiesige Domcapitel gewillt sei,
das Gesetz über die Verwaltung des Kirchenvermögens anzuerkennen.
Damit wäre die Ausführung des Gesetzes für unsere Diocese zwei-
felsohne auf eine geraume Zeit hinausgeschoben, während doch gerade
hier mangelnde Umstände die thunlichst rasche Regelung verlangen.
Auswärtige Blätter hatten schon (allerdings nur gerüchweise) gemel-
det, daß der Bischofsmönch die besagende Erklärung der Regie-
rung habe zugehen lassen, wie dies in Breslau und Hildesheim ge-
schehen ist und in den anderen Bistümern jedenfalls in den ersten Tagen
geschehen wird, da die Frist meist mit dem 31. d. M. abläuft.
Sollten nun die Diocesen der Provinz Hessen-Nassau eine so auf-
fällige Ausnahme machen? Wir glauben, daß hier bestimmt ein Er-
sthum vorliegt.

Frankfurt, 28. Juli. [Der hiesige Polizeibericht] enthält Fol-
gendes: „Die „Frankfurter Zeitung“ mit dem in der Abendnummer vom 28.

Juli dem Schicksal, durch welches ihr Herausgeber, der Herr Sonnemann
an jenem Morgen in Homburg ereilt worden ist, einen Artikel, dessen Fassung
und thatsächliche Behauptungen zu Unberücksichtigung Veranlassung geben
könnten. Wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt wird, ist der Her-
gang folgender gewesen: Herr Sonnemann, dessen Vernehmung als Zeuge
über den Verfall eines als strafbar bezeichneten Artikels der „Frankfurter
Zeitung“ beantragt worden war, verweigerte jede Auslassung. Durch Be-
schluß des Rügegerichts wurde diese seine Weigerung für ungerechtfertigt
erklärt, eine Geldstrafe von 30 Mark gegen ihn erkannt und ihm für den Fall
fortgesetzter Zeugnis-Verweigerung dem Gesetze entsprechend Zwangsbaß an-
gedroht. Seine Beschwerde gegen diese Entscheidung wurde durch Beschluß
der Rathskammer des königlichen Stadtgerichts vom 3. Juli als
unbegründet verworfen. Seiner Vorladung zur Verurteilung dieses
Beschlusses kam er nicht nach, da er angeblich sein Domicil für den
Juli nach Homburg verlegt habe. Auch die Ladung durch das demnächst
requisirte Amtsgericht in Homburg blieb erfolglos. Herr Sonnemann er-
klärte, daß er seiner Gesundheit halber dort sei und dieselbe durch Termine
geschädigt werden könne. Er wurde unter der Eröffnung, daß es sich nur
um die Mittheilung des auf seine Beschwerde ergangenen Beschlusses handle,
zu einem neuen Termine, dem 19. Juli c., bei Vermeidung der Verhaftung
geladen. Auf die Anzeige eines Mitgliedes der Familie, daß Herr Sonne-
mann nach der Schweiz abgereist sei, wurde Jemem eröffnet, daß er sich als-
bald nach seiner Rückkehr bei Vermeidung der E sirung zu stellen habe,
und da er demnächst mehrere Tage in Homburg gesehen worden war, ohne
jener Weisung Folge geleistet zu haben, am 23. Juli Morgens dem Amts-
Gericht, dessen Verfügung gemäß, durch den Stadtpolizei-Diener vorgeführt.
Sein Schreiben, in welchem er anzeigte, daß er fortan nur Morgens und
Abends in Homburg sei und einer Ladung in Frankfurt Folge leisten werde,
ist erst nach der Vorführung in die Hände des Richters gelangt.

Frankfurt, 28. Juli. [In eigener Sache.] Schreibt heute die
„Fr. Ztg.“: Den Redactoren dieses Blattes Gurth, Sewigh und
Dr. Stern (Dr. Holthof ist auf einer Erholungsreise begriffen) wurde
heute Vormittag der Beschluß des Obergerichts in Sachen des Zeug-
niszwanges von dem Rüge Richter verhängt. Derselbe lautet abweisend
in Betreff der gegen den Beschluß des Appellationsgerichts erhobenen
Beschwerde. In der Sache des Dr. Stern, bei welcher es sich um
den Verfasser der Geraer Correspondenz „Z. 3. Februar“ handelt,
findet das Obergericht den erhobenen Einwand, daß die Correspon-
denzen auf der Redaction bearbeitet resp. verändert würden, nicht für
genügend, einen Verdacht der Theilnahme gegen die Redactoren zu
begründen und diese von der allgemeinen Zeugnisspflicht (§ 155 Str.-
Dr.-Ord.) zu entbinden. In der Angelegenheit der Herren Gurth,
Sewigh und Dr. Holthof, welche die Ermittlung des Verfassers eines
Leitartikels über den „Reptilienfonds“ zum Zweck hat, führt das Urtheil
gleichfalls aus, daß dieselben gemäß der Anschauung der Anklagkammer
der Theilnahme an der Thäterschaft nicht als verdächtig anzusehen seien
und deshalb das Zeugnis nicht verweigern dürfen. — Nach Verlesung
der Beschlüsse des Obergerichts erklärten die Herren Rüge Richter, daß
bei weiterer Verweigerung der Aussage Zwangsbaß eintreten werde.
Sei bis Freitag 30. Juli 12 Uhr Mittags keine befriedigende Erklä-
rung abgegeben, so werde der Haftbefehl gegen die genannten
Redactoren erlassen und vollstreckt werden.

Augsburg, 28. Juli. [Erklärung.] Die „Post“ ver-
öffentlicht folgende Erklärung:

„Nachdem ich in Erfahrung gebracht, daß in mehreren deutschen Zeitungen
die Meinung ausgesprochen worden ist, daß die so viel Aufsehen erregenden
Artikel der Berliner Kreuzzeitung über die Aera Bleichröder-Camphausen-
Delbrück von mir herrühren sollten, fühle ich mich veranlaßt, hiermit zu er-
klären, daß die Meinung jedes Grundes entbehrt, wie ich überhaupt in
keinerlei Verbindung mit der Kreuzzeitung stehe, noch jemals gestanden habe.“
Friedrich Wilhelm von Drosden, 22. Juli 1875. Constantin Frank.

Freiburg i. B., 29. Juli. [Einladung.] Die „Germania“
veröffentlicht die folgenden Bekanntmachungen:

Die katholische Generalversammlung Deutschlands
wird im heurigen Jahre von Mittwoch den 1. bis Sonnabend den 4. Sep-
tember zu Freiburg im Breisgau tagen.
Kleinhenrich, den 16. Juni 1875.

Der Commissar der Generalversammlung:
Karl Fürt zu Löwenstein.
Einladung zur 23. katholischen Generalversammlung
Deutschlands.

Zu den Tagen vom 1. bis 4. September wird die diesjährige katholische
Generalversammlung Deutschlands mit Gottes Hilfe in Freiburg (Baden)
abgehalten werden, da der Ausführung des Beschlusses der früheren General-
versammlung, wonach dieselbe 1873.4 in München tagen sollte, verschiedene
nicht zu beseitigende Hindernisse entgegengetreten sind.

Katholiken deutscher Zunge! Unsere gegenwärtige Lage drängt so sehr
auf uns, alle aufrichtigen Glieder der Kirche zu einem engen gegenseitigen Zu-
sammenschlusse, zu gemeinsamen Verathungen und wechselseitiger Ermuthigung,
daß es überflüssig ist, die Nothwendigkeit zahlreicher Erscheinens auf der
Generalversammlung des Weiteren auseinanderzusetzen.

Wir beschränken uns darum auf die einfache Ankündigung und auf die
freundliche Einladung aller entscheidenden Katholiken und namentlich der Mit-
glieder von katholischen Vereinen, überzeugt, daß sie hinreichend ist, um recht
viele für die heilige katholische Sache begeisterte Männer aus allen deutschen
Gauen zusammenzuführen.

Das nähere Programm wird später veröffentlicht werden. Anmeldungen
zu Reden und Anträgen, sowie etwaige Anfragen bitten wir an das Comité
unter der Adresse des Herrn Reichsanwalts Marbe, Eisenbahnstrasse Nr. 11,
zu richten.

Freiburg, am 15. Juli 1875.

Das vorbereitende Comité.

4 Strassburg, 28. Juli. [Das städtische höhere Schul-
wesen. — Journalisten-Verein. — Das Universitäts-
Curatorium.] Wer von der Wahrheit des bekannten Spruchs:
„Wer die Schule hat, der hat das Land!“ nur einigermaßen durch-
drungen ist, der muß sich im deutschen Interesse über die günstigen
Aussichten freuen, die dem hiesigen von deutscher Hand begründeten
und geleiteten höheren Schulwesen der Stadt zu blühen scheinen. Die
auf Betrieb hauptsächlich des Bürgermeisterei-Verwalters Bad ins
Leben gerufene und am 1. October v. J. eröffnete städtische Realschule,
eine bis dahin in Strassburg wie in ganz Frankreich unbekannte Ein-
richtung, hat einen außerordentlichen Anlauf gefunden, ein Beweis,
daß sie einem in der That dringenden Bedürfnis entgegengekommen
ist. Ihre Eröffnung vor drei Viertel Jahren fand mit 184 Schülern
statt, jetzt zählt sie deren 297, unter diesen 196 in Gfäß-Lothringen
geborene. Ermuthigt durch diesen Erfolg, ist man nunmehr auch zur
Gründung einer städtischen höheren Mädterschule, die von den einge-
wanderten deutschen Familien längst dringend gefordert worden, ge-
schritten. Dieselbe wird am 1. October d. J. eröffnet werden. Hoffen
wir, daß ihr sich auch ein beträchtlicher Theil der eingeborenen welt-
lichen Jugend zuneigt und so vor der verdrummenden Erziehung der
Klosterschwestern und der verzerrenden Abichtung der französischen
Pensionate gerettet werde. — Am letzten Sonntage hielt der im No-
vember vorigen Jahres gegründete elsäß-lothringische Schriftsteller-

und Journalisten-Verein im Gasthause „Zur Krone“ hierseits seine erste ordentliche General-Versammlung ab. Der Verein zählt zur Zeit 41 Mitglieder, von denen 26 erschienen waren, unter ihnen anerkennenswerthe Weise viele entfernt wohnende, wie die aus Metz, Diederhosen u. Die Verhandlungen, die in beiden Sprachen, je nach dem Beileben des Redenden, geführt wurden, kamen leider über Statuts-Änderungen noch nicht hinaus, so daß die eigentlich praktischen Einrichtungen, in welchen die Hauptaufgaben des Vereins liegen, wie Organisation einer Unterstützungs- und Pensionskasse, Einsetzung von Ehren- und Schiedsrichtern, ihrer Verwirklichung erst nach einem Jahre entgegenstehen. — Das „Neue Straßburg“ (Wochenblatt, redigiert von Dr. B. Endrulat), das sich durch seine freimüthige Besprechung mehrerer Mißstände und Mißgriffe in unserer Gesetzgebung und Verwaltung bereits zahlreiche Freunde erworben, hat sich in einer Erörterung der wesentlichsten Beschlüsse des Landesauschusses für die Uebernahme eines Theils des Staats der Universität Straßburg auf das Reich ausgesprochen, dabei aber die Nothwendigkeit betont, der Universität einen besonderen Curator zu geben. Das nach der bauernswürdigen Niederlegung dieses Amtes durch den Freiherrn von Roggenbach eingetretene Verhältniß, daß das Curatorium der Universität als eine scheinbar untergeordnete, „Bellage“ einem größeren Amte, jetzt dem Bezirkspräsidium, hinzugefügt worden, muß in der That als der Bedeutung unserer Universität nicht entsprechend angesehen werden und erregt auch aus sonstigen Gründen Anstoß in der öffentlichen Meinung. Diefelbe erblickt in der Zusammenhäufung von Aemtern sehr leicht nur das Bestreben der Zusammenhäufung von Gehältern im Interesse einer bevorzugten Persönlichkeit und prüft dann die Leistungen, Talente und Verdienste dieser Persönlichkeit um so schärfer, vielleicht auch nicht ohne Voreingenommenheit.

Österreich.

* Aus Nordböhmen, 27. Juli. [Allerlei Stimmungen und stille Sym- oder Antipathien.] Es thut einem alten Publicisten nicht bloß für die Nerven, sondern auch für die Anschauung der ganzen Situation gut, einmal dem Dunstkreise der verfassungstreuen Blätter in Wien auf einige Zeit entrissen und mitten in die Atmosphäre der Provinz versetzt zu werden. Das frische das Urtheil nicht nur auf, sondern macht es auch unbefangenen und läßt so manches in einem andern Lichte erscheinen. In Wien leben wir unter dem Ministerium Auerberg in einer ähnlichen Art von Zwitterszustand, wie Sie etwa in der Aera Auerwald-Schwerin. Ein verfassungstreues Blatt muß einfach ministeriell sein, ohne daß doch nur von ferne von einer solchen Consolidirung der Parteiverhältnisse die Rede sein könnte, die es ganz gerechtfertigt erscheinen läßt, wenn ein Journal gowernemental ist, sobald seine Partei am Ruder ist. Erstens ist unsere Regierung bei jeder parlamentarischen und zweitens selbst durchaus die Gegenseitigkeit der Fühlung. Beides ist in Ungarn vorhanden. Andererseits kann man nicht verkennen, daß die paar sogenannten demokratischen Organe, die den Mund als verfassungstreue Opposition vollnehmen, mit ihrem theoretischen Radicalismus in Wien sich wie Schrauben im leeren Raume herumdrehen, ohne irgend einen praktischen Einfluß zu üben. Ginge es wie sie wollen, so wären die Herren, die alle ihre Finger in der Grändelerei ziemlich tief stecken gehabt haben, die Ersten, darüber in Entsetzen zu gerathen: denn neue Mai-Sturm-Petitionen und zum Schluß eine abermalige Inszenirung der Octobertage wären zuverlässig die endliche, wenngleich unbeabsichtigte Folge des „demokratischen“ Triumphes. Ein ganz anderes Gesicht bekommen die Dinge außerhalb der Residenz, z. B. hier in nördlichen Böhmen. Und auch da rede ich weniger von den eigentlichen Prager Blättern, die — wie „Böhemia“, der „Tagesbote“ — denn doch auch mehr oder minder im Fahrwasser der hauptstädtischen Verfassungskartei segeln und auch in diesem Sinne mit Correspondenzen aus Wien versehen werden. Aber die ganz kleinen Parteiblätter hier, wie die „Münchener Zeitung“, der „Remniger Anzeiger“, der „Teich-Bodenbacher Anzeiger“, die „Teplitz-Schönbauer Zeitung“ u. s. w. durchweht ein anderer Geist. Sie sind weder ministeriell wie die großen Wiener Blätter, noch rühren sie in's Blaue hinein die große demokratische Trommel, wie die kleine Wiener Presse. Aber einmal bringen sie Alles scharf und ausschließlich unter dem Gesichtswinkel der deutschen Interessen; so z. B. eben jetzt die Haltung Stresemayr's gegenüber den Prager Professoren und der Invasion von frommen Schulschwärmern aus Deutschland. Es geht durch diese kleinen Blättchen ein ganz energischer Wind gegen alle Versuche, Oesterreich zu einer Bruchstätte von Hegerien wider Deutschland zu machen. So dann ignoriren sie den „ungarischen Globus“ mit souveräner Berachtung. Höchstens drucken sie ein Telegramm über den Ausfall der Neuwahlen ab: im Uebrigen existirt dieser gute Monsieur Tisza für sie nicht — obschon sie sich, außer um Bismarck, auch um Mac Mahon und Disraeli, um Grant und Victor Emanuel kümmern!

Schweiz.

Zürich, 26. Juli. [Zum Kulturkampf. — Aus dem Berner Jura. — Intoleranz. — Die Teilstapelle. — Abstimmung. — Carl Schurz.] Für diese Woche muß ich Sie wieder hauptsächlich mit dem ewig Geistlichen unterhalten. Zunächst mit einer Schrift über den „Kulturkampf“, von der sich der gelehrte Verfasser, Nationalrath v. Segeffer aus Luzern, gewiß bedeutende Wirkung verspricht. Wir können aber nur dazu sagen: „Se gelehrter, desto verheerender.“ Herr Segeffer gehörte vor dem Vaticanum zu denen, welche dringend vor Verkündigung der päpstlichen Unfehlbarkeit warnen, weil daraus heillosen Streit zwischen Kirche und Staat entstehen würde. Nachher aber ist er eben so zu Kreuze gestochen wie die Bischöfe, welche Anfangs auch nichts von der Sache wissen wollten. Jetzt behauptet er, das Unfehlbarkeits-Dogma sei ganz unschuldig und durchaus nicht staatsgefährlich. (Dafür müßten ihn die Jesuiten des Vaticanus eigentlich excommuniciren.) Er meint ferner, der moderne Kulturstaat sei ein Feind der christlichen Gesellschaft und die römische Kirche mit ihrem Papste habe ganz Recht, denselben zu bekämpfen, und zwar im Namen der christlichen Freiheit! In folgender Tirade schüttet der Verfasser sein ganzes Herz aus: „Nachdem Oesterreich zerfällt (?), das napoleonische Kaiserthum in Trümmer geschlagen und Frankreich der Anarchie überantwortet war, stand im mittleren und westlichen Europa nur eines noch aufrecht, nicht eine Macht materieller Art, die das Uebergewicht des deutschen Namens bedrohte, sondern rein geistiger Potenz, welche die Reglementirung des menschlichen Daseins (das ist ja gerade das Papstgeschäft!) zu hindern schien: die katholische Kirche und ihre Organisation. Diese zu zerschlagen, galt nun als die letzte und größte Aufgabe; man gab ihr den Namen Kulturkampf!“ Für die Bewohner der Stadt Luzern scheint der philosophische Verfasser kein glühender Prophet zu sein; sie haben mit 1100 gegen 800 Stimmen lauter liberale Männer in ihren Kirchgemeinderath gewählt. — Im Großen Rath von Bern versicherten die ultramontanen Matadore, daß im Berner Jura vollkommene Ruhe herrsche. Als Beweis dafür kann u. a. angeführt werden, daß der liberale Pfarrer in Bourt in einer Weise verfolgt und geschädigt wird, welche die Hinzusendung zweier weiterer Polizisten nothwendig gemacht hat. — In einer Gemeinde des Cantons Freiburg, wo man zu Gunsten der

Ueberschwemmten Frankreich ein Concert geben wollte, verweigerte der Bischof zu diesem Zwecke die Kirche. Der Gemeinderath dachte aber menschlicher und bewilligte sie. Was für Begriffe mag der Bischof von christlicher Liebe haben? — Die Ultramontanen der Urschweiz schlagen vor, die baufällige Teilstapelle nicht auszubessern, sondern mit schwarzen Brettern zu verschlagen, damit Jedermann sich von der schrecklichen Christenverfolgung in der Schweiz überzeuge! Bis darin Wandel geschaffen sei, dürfe man die Schöpfer der schweizerischen Freiheit nicht feiern! Die Idee ist doppelt drollig: erstens, weil die gehoramen Knechte der Curie sich für Freiheitsmänner ausgeben, und zweitens, weil in den Ur-Cantonen auch nicht die Spur eines Schattens von Culturskampf aufzubrechen ist, vielmehr Regierungen und Priester Ein Herz und Eine Seele sind. — Im Canton Bern hat das Volk über drei Gesetz-Entwürfe abgestimmt und sie zu Gnaden angenommen, darunter zwei zu Gunsten der Hypothekarkasse und der Cantonalbank (7½ Mill. Fr. Anleihe), mit sehr großer Mehrheit dagegen das dritte für Verbesserung und Vermehrung der Lehrer-Seminare mit sehr kleiner Mehrheit. Für Viehzucht findet sich immer eine größere Mehrheit zusammen, als für Menschenzucht. — Unter den vielen Notabilitäten, welche in der Schweiz ihre Kur und Sommerfrische durchmachen, erwähnen wir heute Carl Schurz, den amerikanischen Ex-Senator, welcher sich in Ragaz aufhält.

Italien.

Rom, 26. Juli. [Ueber die sicilischen Zustände] werden verschiedene neue Enthüllungen gemacht, die interessant genug sind, um reproducirt zu werden. Zur Zeit, da der mutige und der Corruptio unzugängliche Taiani die verbrecherische Polizei von Palermo überwachte, forderte er aus leicht begreiflichen Gründen, daß ein Rath des Appellhofes, ein gewisser Lanzafame, versetzt würde, und in der That versetzte man denselben von Palermo nach Catanzaro. Als es sich darum handelte, daß die Anklage-Section über den von Taiani gegen den Quästor Albano wegen Mordes eingeleiteten Proceß entscheiden sollte, wen schickte man, um den Vorsitz dabei zu führen? Denselben Lanzafame, der um jener Sache willen eigens von Catanzaro nach Palermo zurückgeschickt worden. Lanzafame, welcher natürlich Taiani haßte und sein geschworener Feind war, ließ die Gelegenheit sich zu rächen, nicht vorübergehen, die der reiche Lanza in Gemeinschaft mit seinem Kollegen, dem Siegelbewahrer, ihm darbot. Auch dieses Beispiel beweist augenscheinlich, wie die offizielle Mafia in diesem Duell zwischen Gerechtigkeit und Willkür, zwischen der Gerichtsbehörde und der Polizei geduldet und gerechnet hatte. In Catania wurden drei Diebe verhaftet in dem Augenblick, da sie beschäftigt waren, die Thüre des Cavaliere Amato zu erbreschen. Es ergab sich, daß sie von einem Vertrauen zu diesem Vergehen aufgefordert wurden, der im Voraus den Quästor davon benachrichtigte, die Opfer den Händen der Guardia überlieferte und dann unbehelligt entfloß. Ein versuchter Raub im Hause eines Herrn Rosa hatte denselben Ursprung. Ein anderer Dieb, Namens Niccolò Raccit, der von den Guardia di pubblica sicurezza festgenommen wurde, als er zwei Kisten aus dem Hause eines Herrn Balfiore weggeschaffte, war von zwei Agenten des Quästors zu der That aufgefordert worden. Diese beiden Agenten, Cusimano und Pittore, veranlaßten auch einen Raub in einem Weinwandeladen. Am dazu bestimmten Abend zeigten diese beiden Spitzbuben den Guardia di pubblica sicurezza an, daß der Schlüssel nicht im Schloß herumzudrehen war und noch einer anderen Fehlung bedürfe und deshalb wurde die Unternehmung auf die folgende Nacht verschoben. Da geschah es, daß die beiden Diebe verhaftet wurden und die beiden Agenten der Quästur, von einem Revolvererschuß benachrichtigt, der als Zeichen verabredet war, eilten unbeschädigt davon. Der Vertraute des Quästors griff einen gewissen Rinaldi mit einem Dolch bewaffnet an und zwang ihn, ihm alles Geld auszuliefern, das er bei sich führe. Der Galeotto Cerano erhielt vom Quästor die freie Ueberfahrt nach Syracus und Geldmittel noch dazu. Alle diese Dinge ereigneten sich in Catania unter der Präfektur des berühmten Bardeffono. Ein großer Proceß wegen Fälschung falschen Papiergeldes wurde vor dem Assisenrichte in Catania verhandelt. Die Hauptpersonen dabei waren der Präfect Bardeffono, der Commandant der militia a cavallo, Prancania und ein gewisser Verga, der dem Präfecten Alles enthüllte, um Strafslosigkeit zu erlangen. Verga war ein „Vertrauter“ der Behörden. Einer der Angeklagten, ein gewisser Mangono, sagte im Verhör: „Eines Abends (die Verhaftung derjenigen, die man für meine Gefährten ausgiebt, hatte stattgefunden) kam ein militä a cavallo in mein Haus im Auftrag des Commandanten Prancania, der mich zu sehen verlangte; der militä sagte mir, ich möchte mich verkleiden, etwa als Fran, da ich leicht eine schlimme Begegnung haben könnte; ich erwiderte, daß ich ein gutes Gewissen habe, und ging. Als ich zu Prancania kam, sagte mir dieser: „Reise ab, emliche, schiffe dich ein, Du bist mit den Falschmünzern verwickelt.“ Ich erwiderte ihm, daß sei eine Verleumdung und sagte, daß ich mich nicht einschiffen wollte. Er rief mir darauf, mich bei Gussirida, einem militä zu verbergen; den anderen Tag wolle er mir weiteren Rath geben. In der That rief er mich am andern Morgen und sagte mir: „Ich weiß, daß Du die Falschmünzer kennst; denuncire sie und Du bist frei!“ Ich verneinte, etwas zu wissen und er versetzte: „Gut, dann mache eine Denunciation mit altem Datum gegen Sangri, Parisi und Desfano. Ich verweigerte dies und verließ ihn entrüstet. Hierauf wurde ich verhaftet.“

Großbritannien.

A. A. C. London, 27. Juli. [Parlamentarische Verhandlungen vom 26. Juli.] Im Oberhause überbrachte Lord Beauchamp eine Botenschaft der Königin, welche das Haus benachrichtigte, daß Ihre Majestät, auf die Weisheit des Parlamentes bauend, nicht wünsche, daß die ihr durch die Unions-Acte reservirte Befugniß, Pairs von Irland zu creiren, der Erwägung irgend einer im Parlament mit Bezug darauf eingebrachten Maßregel im Wege stehe. Lord Penance brachte sodann den Act der Colonial-Legislatur für den compulsorischen Anlauf der Befugnisse britischer Privatleute auf der Prinz Edward-Insel zur Sprache und erlaubte sich, welche Schritte die königl. Regierung gethan habe, um die Interessen dieser Befugnisse zu schützen, und ob der Betrag, der ihnen ausbezahlt werden solle, auf die in dem Act erwähnte Summe von 800,000 Dollars beschränkt sei. Lord Carnarvon, der Minister für die Colonien erwiderte, daß die Schadloshaltung der Befugnisse, wie er glaube, nicht auf 800,000 Dollars limitirt sei. Mr. Childers habe sich im Auftrage der Regierung nach Canada begeben, um als Schiedsrichter in der Angelegenheit zu fungiren. Hierauf lenkte Lord Stratheden und Campbell die Aufmerksamkeit der Lords auf die von der österreichischen, der deutschen und der russischen Regierung an die Pforte gerichtete gleichlautende Note vom 20. October v. J. sowie auf die darauf erfolgte Antwort der türkischen Regierung vom 23. October v. J. und die über den Gegenstand gepflogene Correspondenz und stellte zwei Anträge, von denen der erste erklärte, daß das Haus mit der Regierung betreffend der Angelegenheit des Oesterreich, Rußland und Deutschland an die Pforte gerichteten Verlangens übereinstimme, und die zweite Bedauern darüber ausdrückte, daß keine wirksamen Maßregeln ergriffen worden zu sein scheinen, um den ewiglichen Abschluß eines Vertrages zwischen Oesterreich und den Donaufürstenthümern zu verhindern oder zu verzögern. Er bemerkte, daß der allgemeine Zweck, den er durch diese Anträge zu erzielen wünsche, der sei, die Verletzung des in 1856 getroffenen Abkommens zu beschränken und zu neutralisiren. Sein zweiter Antrag involvire nicht einen Tadel der Regierung, sondern nur eine Mahnung an das

Verfahren, das eingeschlagen hätte werden sollen. Er verwarf die Doctrin, daß die Donaufürstenthümer unabhängig von der Pforte Handelsverträge schließen könnten, und er hielt es für möglich, daß wenn die Regierung rechtzeitig gehörige Schritte gethan hätte, der Abschluß des in Rede stehenden Vertrages verhindert worden wäre. Der Earl von Rosebery argumentirte gegen die Annahme, daß die Donaufürstenthümer auf ihre eigene Faust Handelsverträge schließen könnten, und behauptete, daß, wenn ihnen ein solches Recht zugestanden würde, weitere und ernstlichere Folgen daraus entstehen würden. Lord Hammond (der ehemalige permanente Unterstaats-Secretair für auswärtige Angelegenheiten) bemerkte, daß die Donaufürstenthümer bei vielen Gelegenheiten Abkommen mit ihren Grenzstaaten getroffen hätten, ohne vorher die Zustimmung der Pforte dafür einzubringen, und die Befugniß, solche Verbindlichkeiten einzugehen, sei niemals als gefährlich für die Autorität des ottomanischen Souverains erachtet worden. Die Pforte sollte sich mit der Versicherung des deutschen Völkchens — eine sehr werthvolle — zufriedengeben, daß Deutschland Pläne, welche die Trennung der Fürstenthümer von dem türkischen Reiche herbeiführen oder die Stellung und Rechte der Türkei nachtheilig afficiren würden, weder ermuntert habe, noch ermuntern würde. Das Haus würde seinem Ermeßen nach kaum geachtet werden, zu erklären, daß die drei Großmächte sich der von dem Antragsteller gegen sie erhobenen Anklage schuldig gemacht hätten, und was den zweiten Antrag anbelangte, so sei derselbe äquivalent mit einem Tadelsschreiben gegen den Minister für auswärtige Angelegenheiten, das er seinem Vorgesetzten nach nicht verdienne. Der Earl von Derby erwiderte: „Der Antrag des edlen Lords ist in Wirklichkeit ein Tadelsschreiben gegen die Regierung. Einer seiner Anträge erklärt, daß gewisse Schritte, wenn sie nicht gethoben sind, hätten gethoben werden sollen. Nun, ich glaube nicht, daß Em. Herrlichkeit diese Ansicht theilen werden. In meiner Erwiderung werde ich nicht auf die Theilung Bolens zurückgehen, noch die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der Bildung eines innigen Bündnisses mit Rußland discutiren. Man lasse mich das Haus daran erinnern, in welcher sehr engen Grenzen diese Frage liegt. Es ist allseitig zugestanden, daß die rumänische Regierung nicht das Recht besitzt, sogenannte politische Verträge, die sich mit allgemeinen Interessen befassen, zu schließen. Es ist gleichfalls zugestanden, daß es eine gewisse Klasse von Conventionalen mit benachbarten Staaten giebt, zu deren Schließung die rumänische Regierung durch den Firman von 1866 berechtigt ist. Der ganze Unterschied zwischen den zwei Parteien in diesem Streit besteht darin: ob Handelsconventionen, wie solche nun vorgeschlagen sind, in die eine oder die andere Kategorie gehören. Wir glauben, daß sie ausgeschlossen sind aus Gründen, über die ich mich nicht verbreiten will. Der edle Lord acceptirt sie als sichhaltig; die Oesterreicher halten sie für inbegreiflich, indem sie ihren Standpunkt hauptsächlich auf dem Recht der Fürstenthümer, ihre eigenen inneren finanziellen Arrangements zu besorgen, und auf den Vortheil des Firmans von 1866 nehmen. Nun, ist dies eine Frage, die als eine von europäischer Größe und Wichtigkeit behandelt werden kann? Sie kann nur in einer von zwei Weisen wichtig sein, entweder in Bezug auf ihre unmittelbaren praktischen Resultate, oder als ein Schritt zu der schließlichen Trennung der Fürstenthümer von der Türkei. Was die praktischen Resultate anbelangt, so giebt es keine. Ich bin nichtermächtigt zu sagen, daß, wenn die Zustimmung der Pforte zu der Schließung dieser Conventionalen nachgesucht worden wäre, sie ohne Schwierigkeit erteilt worden sein würde, aber ich glaube, daß dies der Fall ist. Die commercialen Arrangements Rumäniens haben kein Interesse für die Türkei; der rumänische Staatsdof ist von dem der Türkei getrennt; ein Ueberfluß darin ist von keinem Nutzen für den Sultan, und ein Deficit darin ist von keinem Belang, so lange Rumänien den sehr kleinen Tribut, für den es verbindlich ist, pünktlich zu zahlen fortfährt. Ein Argument gegen diese Conventionalen ist thatsächlich, daß sie gänzlich unnützlich sind. ... Ist also der Abschluß dieser Conventionalen ein Schritt zur schließlichen Unabhängigkeit? Ich will ganz freimüthig sein. Die Fürstenthümer sind ohne Zweifel im Laufe der letzten 20 Jahre in eine Stellung getreten, die von der, die für sie durch den Krimkrieg geschaffen wurde, ganz verschieden ist. Die Rumänier sind als ein Volk nun stärker und einiger als sie es damals waren. Sie mögen sich in Träumen von einer möglichen Zukunft ergeben, aber es sollte mich wundern, ob sie irgend welche Schritte zur Verwirklichung solcher Träume thun werden, und zwar aus diesem Grunde. Die einzige Sicherheit, die sie für eine Selbstregierung oder selbst für eine Existenz haben, liegt in der europäischen Garantie, die sie als ein Theil des ottomanischen Reiches genießen. So lange sie dem Namen nach ein Vasallenthum der Türkei bleiben, sind sie, so weit als Verträge dies vermögen, sicher gegen das Risiko, von irgend einem anderen Staate abgefordert zu werden. Sie sind nicht stark genug, um allein zu stehen, und sie wissen dies. Ich glaube demnach nicht, daß sie den Verlust der Garantie, die sie nun genießen, riskiren werden. Und ich kann nicht bezweifeln, daß sie die Situation deutlich verstehen. Diese Garantie wurde den Fürstenthümern nicht um ihre Willen gewährt; sie wurde ihnen gewährt, weil sie einen Theil des allgemeinen Systems des ottomanischen Reiches bilden. So lange sie innerhalb dieses Reiches bleiben, besitzen sie ein Recht darauf und nicht länger. Ich glaube nicht, daß sie in Eile sein werden, eine Verbindung abzubrechen, die nicht bitter oder demüthigend ist und die ihnen völlige innere Freiheit läßt, um entweder von irgend einem mächtigeren Staate abgefordert zu werden, oder mit genauer Noth im Stande zu sein, eine preläre Unabhängigkeit zu behaupten; Gefahren von jeder Seite ausgeht und ohne einen Anspruch auf den Schutz oder die Freundschaft irgend einer Macht zu besitzen. Dieser Stand der Dinge gewährt meines Erachtens nach die beste Sicherheit, die wir für die Aufrechterhaltung des Status quo haben können. Was diese kleine Angelegenheit der Conventionalen anbelangt, so läßt sie die Dinge im Wesentlichen wo sie waren. Die Rumänier erachten auf alle Fälle nicht, daß sie einen diplomatischen Sieg errungen haben, denn wir hören von einer Verdrängung der Regierung und von Unzufriedenheit und Agitation in Bulareh, was nicht ausreicht, als ob man der Ansicht sei, daß die Regierung einen nationalen Erfolg zu Stande brachte. Es mag sein, daß durch bessere Handhabung auf beiden Seiten dieser Streit abgemindert worden sein dürfte. Ich glaube, daß dies möglich war, und in Derselben habe ich mehr als einmal einen Weg angedeutet, in welchem es geschehen sein möchte. Aber die Zeit dafür ist vorüber nicht durch die Schuld Englands. ... Was noch immer möglich ist, um die Schwierigkeit zu überwinden und die Würde der Pforte zu retten, soll versucht werden, aber ich glaube, daß in dieser Angelegenheit die türkische Regierung, die dabei gewiß am hauptsächlichsten theilhaftig ist, nicht allein zufrieden sondern dankbar für das Verfahren ist, das wir einschlagen. Ich glaube demnach nicht, daß Em. Herrlichkeiten türkischer als der Karte selber sein und uns für Resultate tadeln werden, die wir nicht herbeiführen, und die, so weit ich sehen kann, keine Sprache oder Action unsererseits abgemindert haben könnten.“ (Beifall.) Der Earl von Kimberley war der Meinung, daß Lord Derby, indem er der Pforte anrieth, der Frage in ihrer jetzigen Position keine übertriebene Wichtigkeit beizulegen, sondern sie als eine pure Arrangementsfrage zwischen benachbarten Staaten zu betrachten, ein sehr kluges Verfahren einschlug. Lord Stratheden zog seinen zweiten Antrag zurück, drang aber in die Regierung, den ersten zu acceptiren. Seinem Ermeßen nach hätte die Regierung eine Note an Oesterreich richten sollen, worin die besonderen Gründe auseinandergesetzt wurden, aus denen es unangenehm sei, eine ernsthafte Verletzung der Empfindlichkeit in Konstantinopel zu vermeiden. Der Earl von Derby sprach die Hoffnung aus, der Antragsteller werde auch seinen ersten Antrag zurückziehen und sich mit der Discussion, die er angeregt habe, zufrieden geben. Da sich Lord Stratheden aber beärdlich weigerte, seinen ersten Antrag zurückzuziehen, ging das Haus darüber ohne Abstimmung zur Tagesordnung über. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurden die zwei Arbeitergesetzbilanzen nach kurzer Debatte in zweiter Lesung angenommen.

Portugal.

Lissabon, 25. Juli. [Hungersnoth. — Ein Hirtenbrief.] Der „A. A. C.“ zufolge ist Portugal in Folge großer Dürre mit einer Hungersnoth bedroht. In mehreren Bezirken der volkreichen Provinz Alentejo sind nicht allein die Getreide- und Maisfelder, sondern auch die Weiden vernichtet worden und das Vieh stirbt Hungers. — Am 16. d. fand, wie der „Daily News“ aus Lissabon geschrieben wird, ein Ministerrath statt, um die zur Abwehr der Hungersnoth nothwendigen Maßregeln zu erörtern, und es wurde beschlossen, den nothleidenden Kreisen sofort Hülfen zu senden. — Ein katholischer Bischof, der sich nicht bloß dem Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit nicht unterwirft, sondern dasselbe direct als dem wahren Glauben der katholischen Kirche zuwiderlaufend bezeichnet und mit ihm in seiner Diocese aufzuräumen sich zum Ziele setzt, ist, was Seltenheit anlangt, einem weißen Raben vergleichbar. Ein solcher Gegner der päpstlichen Unfehlbarkeit ist in Dr. America, Bischof von Porto in Portugal, entstanden. Aus Lissabon geht dem „Journ. des Debats“ ein Auszug aus einem Hirtenbriefe des Don America, zu, in welchem der Bischof für die

Katholische Ueberlieferung gegen den Ultramontanismus eintritt. Nach dem Don America daran erinnert hat, daß er durch den Willen Gottes und die Gnade des konstitutionellen Königs seiner Diocese vorgelegt worden ist, um die Seelen auf dem Wege des Glaubens zu leiten und sie vor den Irthümern, dem Aberglauben und den falschen Lehren zu bewahren, mit deren Hilfe man die wahre Religion Christi zu emittieren versucht, sagt er im wesentlichen, daß es hohe Zeit sei, mit diesen von Ergeizigen, die Gott verdrängen und ihn zum Sklaven ihrer Ansätze machen wollen, gepredigten Lehren aufzutreten. Deshalb erklärt er, seiner Sendung gehorchend, daß das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit der Freiheit und der Oberhoheit der Kirche zuwiderlaufe, die als einziges Kriterium für die Echtheit ihrer Lehren die allgemeine Zustimmung, nicht aber den Willen und das willkürliche Urtheil eines Menschen anerkennt, der, wie groß auch sein Ansehen sein möge, durch sein Verhängniß der allen menschlichen Dingen innewohnenden Gebrechlichkeit und Fehlbarkeit unterworfen bleibe.

Dieses Dogma, führt Don America weiter aus, sei die Ursache eines Zwiespaltes in der Kirche, es lehne sich gegen die rechtmäßige Gewalt der Obrigkeit auf, die wir ehren und welcher wir nach Gottes Befehl gehorchen sollen, als denen, welche er nach des Apostels Wort der Regierung der Völker vorgelegt hat. Den Syllabus nennt Don America ein Axiom gegen das Recht der Völker, eine Negation, der ihre vollen Rechte ausübenden bürgerlichen Gesellschaft, eine Fadel der Zwitterheit in den Händen der Diener des Friedens und der Milde, eine Kundgebung des Jörnens, der Selbstucht und der Hantelchmiederei gegen den Fortschritt des menschlichen Geistes und die unüberwindlichen Rechte des Menschen, der frei und nicht der Knecht eines andern Menschen ist; denn der kann kein Knecht sein, den Christus einen Bruder nennt. Das Dogma der unbefleckten Empfängniß, führt der Prälat fort, widerstrebe der Lehre von der Erlösung, da Christus, Gottes Sohn, nicht selbst bei dem Werke dieser Erlösung beigetragen haben könne, und es sei nicht erlaubt, Gottheiten zu schaffen, noch irgend jemanden von der Erlösung loszusprechen, da von allen geschaffen und zu schaffenden Wesen Christus allein von dieser Sünde frei, weil er Gott und die zweite Person der Dreieinigkeit sei. Betrügereien, wie die Wunder von Lourdes, La Salette und andere dieser Art haben keinen andern Zweck, als eine Herrschaft über die Gewissen einzunehmen, um sie einer Gewalt unterzuordnen, die den Besitz der Welt zu erlangen hofft, indem sie die wesentlichen Grundlagen des Christenthums fälscht und abergläubische, von der Kirche verdamnte Lehren einschmuggelt. Die Feier der Thronbesteigung des Papstes sei ein politisches Fest, das bisher nicht begangen wurde und heute nur dazu diene, die Religion in eine Waffe umzuwandeln. Der von der Kangel und in der Presse von Priestern und Laien ausgehauchte Jörn und Groll seien der größte Schimpf, der dem christlichen Gebote angethan werden könne, dessen Urne die Liebe sei, und eine schwere Verurtheilung an widerspenstigen Gemüthern, in denen sie neuen Haß und neuen Groll anfanke. Wer die Regierung und die Landesgesetze ein Werk der Hölle nenne und so ihr Ansehen zu schmälern trachte, begehe ein strafwürdiges Verbrechen. Hat doch Christus selbst befohlen, Gott zu geben, was Gottes ist, und dem Kaiser was des Kaisers ist. Noch ein größeres Verbrechen ist es aber, gegen die Landesgesetze eine Verschwörung anzuknüpfen, um den Syllabus, das unheilvolle Zeugniß des maßlosten Wahnsinns, an ihre Stelle zu setzen. Geheuer könne man sich nicht vorstellen, daß die Bischöfen und die katholischen Genossenschaften in diesem Augenblick größtentheils den wahren Geist der katholischen Kirche mit Füßen treten, indem sie der öffentlichen Ordnung entgegenarbeiten; sie setzen die Worte Petri Stürmen aus, die nur die Vorsicht und ein wahrhaft evangelischer Sinn werden überwinden können. Zum Schluss fordert Don America die Priester dringend auf, jedes feigste Wort von der Kangel zu verbannen, darüber zu wachen, daß sie Wankfüßler sich vor Wunden und ähnlichem Schwindel hüten, hauptsächlich aber, daß sie die Heiligkeit der Lehre wahren und die tröstliche Lage nicht aus den Augen verlieren, in der sich die Kirche durch die Schuld derer befindet, die sich für die besten Katholiken ausgeben und bei jedem Schritt neue Konflikte anregen.

Nach diesem wahrscheinlich ziemlich genauen, aus dem „Journal de Commercio“ von Porto entnommenen Resumé stünde der Bischof von Porto am Eingang der von dem Vater Hyacinth geöffneten Babin, die auch der Vater Gratry und Monseigneur Dupanloup betreten hätten, wenn sie nicht plötzlich Halt gemacht und ihre alten Ueberzeugungen der Lehre gepflegt hätten, welche in der Kirche die Oberhand gewannen. In diesem Falle bemerkt der Correspondent des „Débat“, und obwohl ich mich bis auf Weiteres jedes Commentars enthalten will, glaube ich sagen zu können, daß die Protestation des Don America und die Folgen, welche sie haben kann, nicht diesem Bischof allein zur Last gelegt werden dürfen, sondern daß die Verantwortung vornehmlich auf diejenigen zurückfällt, deren Erfindungen die redlichsten und aufgeklärtesten Gemüther verwirrt haben.

Provincial-Beitung.

Wreslau, 28. Juli. [Handwerker-Verein.] Auf vergangenen Sonnabend, Abends 5 Uhr, war die Feier des Sommer-Gartenfestes des Vereins in Springer's Gartenlocal angelegt und nahm auch dieselbe ihren üblichen Fortgang. Freilich hatte die Unkunft des Wetters das Gartenfest in ein „Saalfest“ umzuwandeln gezwungen und die Zahl der Besucher auch sehr verringert. Das Programm jedoch kam unverändert zur Ausführung. Es bestand im ersten und zweiten Theil aus einem Concert. Im dritten Theil wurden Sängern des „Männer-“ und des „gemischten Chors“ des Handwerker-Vereins, und zwar von ersterem: „Sängers Testament“ von G. Richter und „zum Quartett gehören vier“ von Künze, von letzterem „Abendchor“ von Kreuzer und „Abchied vom Walde“ von Wt in der üblichen entsprechenden Weise vorgelesen. Hierauf folgte die große „Gartenpolonaise“, die indes auf Gebot des Herrn Jupiter Pluvius in eine „Saalpolonaise“ mit buntem Ballons und bei bengalischer Beleuchtung umgewandelt war und mit „Einzug in den Saal“ zu schließen, schon in diesem ihren Anfang nahm, aber trotz alledem einen erfreulichen Anblick gewährte. Daran schloß sich die theatralische Darstellung auf dem wohlbeleuchteten Saaltheater, „Das erste Mittagessen“, ein Lustspiel von C. Görlig, von Herrn G. Lindner arrangirt und zur Zufriedenheit des Zuhörerkreises von den Mitspielenden ausgeführt. Das Ganze schloß mit einem Tanz, der wenigstens für den jüngeren Theil der Festgenossen Entschädigung bot und die Mitglieder bis in den Sonntagmorgen fröhlich vereinte.

* [Personalien.] Der Regierung zu Breslau überwiesen beim Uebertritt in den Verwaltungsdienst: Der Gerichts-Assessor v. Wallenberg unter Ernennung zum Regierungs-Assessor. — Verliehen: 1) Dem Regierungs-Secretär Sopp a la Kreis-Secretärstelle in Münsterberg. 2) Dem Kreis-Secretär Kühn in Habelschwerdt die jüngste Regierungs-Secretärstelle. — Angestellt: Der invalide Sergeant Stanja als Aufseher bei der Strafanstalt zu Striegau.

Bestätigt die Vocationen: 1) für den bisherigen zweiten Lehrer Meiser zum Lehrer einer ersten Klasse einer evangelischen Elementarschule in Breslau. 2) für den Lehrer Goldner zum evangelischen Lehrer in Buchs, Kreis Breg. 3) für den bisherigen Hilfslehrer Herzlich zum katholischen Lehrer in Goldbach, Kreis Glatz. 4) für den Lehrer Ballast zum evangelischen Lehrer in Lomnitz, Kreis Waldenburg. — Widerruflich bestätigt die Vocationen: 1) für den Lehrer Max Müller zum Lehrer einer dritten Klasse einer evangelischen Elementarschule in Breslau. 2) für den Lehrer Sauer zum ersten Lehrer an der katholischen Stadtschule in Dblau. 3) für den bisherigen Hilfslehrer Schubert zum katholischen Lehrer in Altwasser, Kreis Waldenburg. — Die Vocation für den bisherigen Pastor prim. in Wojanowo, Müller, zum Prediger an der Kirche des Hospitals zu St. Trinitatis in Breslau. — Die Vocation des ordentlichen Lehrers am Friedrichs-Gymnasium in Breslau, Dr. Wüthner, zum Oberlehrer am Gymnasium zu Schneidmühl. — Ernannt: 1) Der Berg-Assessor Niederstein zum Bergverwalter für das Bergverwalteramt mit dem Amtssitz in Berg. 2) Der Berg-Referendar Oskar Wolf zum Berg-Assessor. 3) Der Obermeister Ey zum Hütheninspector in Friedland. 4) Der Schichtmeister Grabal in Inowracław zum Factor. 5) Der Schichtmeister-Assistent Wüthner in Königsbühl zum Schichtmeister. 6) Der Civilanwärter Hampel in Königsbühl zum Schichtmeister-Assistenten. — Versetzt: Der Schichtmeister-Assistent Peische von Königsbühl nach Inowracław. — Pensionirt: Der Berg-Referendar des Bergverwalteramts, Bergmeister Sponer zu Ratibor, unter Verleihung des Charakters als Berggräber. — Ernannt: 1) Der Brauereibesitzer Seidel in Grätz, der Gendarm

Günzel in Bobrau, Kreis Dels, zu Post-Agenten. 2) Der Postgehilfe Fritzke in Breslau zum Postamt-Assistenten. — Angestellt: Der Postamt-Assistent Lange in Steinau. — Versetzt: 1) Die Post-Secretäre Glaser von Görlitz nach Breg, Dreßler von Breslau nach Glatz. 2) Die Postepediteure Kreichmann von Friedland, Regierungsbezirk Breslau, nach Breg, Köhler von Breg nach Friedland, Regierungsbezirk Breslau, Pfannenschmidt von Bobrau, Kreis Dels i. Schl. nach Bralin. — Freiwillig ausgeschieden: 1) Der Post-Expedient Frank in Klein-Bresla. 2) Der Postgehilfe Seifert in Dornitz. — Ernannt: 1) Der Betriebs-Secretär Lange in Breslau definitiv als felder. 2) Die diktatorischen Zeichner Hoppe, Wimmer und Wohler in Breslau zu Zeichnern. 3) Die examinierten Heizer Seidel und Förster in Breslau zu Locomotivführern. 4) Der Expeditions-Assistent Sunkel in Trachenberg zum Telegraphisten. — Versetzt: 1) Der Commissions-Rassen-Rendant Jungbluth von Glogau nach Breslau. 2) Der Hauptkassen-Buchhalter Eckert von Rattowitz, Kreislich von Glogau und der Eisenbahn-Secretär Böhm von Rattowitz nach Breslau. 3) Der Betriebs-Secretär Zille von Breslau nach Gleiwitz. 4) Der Stations-Vorsteher zweiter Kl. Kellner von Camenz nach Alt-Bogen. 5) Der Stations-Aufseher Frrmert von Alt-Bogen nach Habelschwerdt. 6) Der Stations-Assistent Fabianke von Breslau nach Camenz. 7) Der Telegraphist Seidel von Lissa als commiss. Stations-Assistent nach Glatz. 8) Der Bodenmeister Böhm von Myslowitz nach Breslau. 9) Der Zugführer Müller von Bogen nach Breslau. 10) Die Locomotivführer Böhm von Streben nach Breslau und Langner von Breslau nach Streben. — Pensionirt: 1) Der technische Eisenbahn-Secretär, Rechnungsrath Eichardt. 2) Der Eisenbahn-Secretär Ernst Meyer. 3) Die Locomotivführer Rohde und Erner in Breslau. — Ausgeschieden: Der Bahnmeister Thiem in Breslau.

H. [Aus dem Glaser Gebirge.] Reinerz ist über Lewin oder über den 2480' hohen „Ratschenberg“ mit dem „Hummelschloß“ zu erreichen. Hier ist die Anzahl der Badestellen vermehrt, ein Wartesalon hergerichtet, der Kurplatz canalisiert und auch der andere Theil der Colonade mit feinem Fußboden versehen worden. Noch wesentliche Veränderungen stehen bevor, indem durch Entfernung des jetzigen Kurhauses und der Colonade ein prächtiger Kurplatz hergerichtet werden wird und demnach diese beseitigten Bauleisten an geeigneterem Plage in schönerer und angemessenerer Form wieder entstehen werden, wobei gleichzeitig die in letzter Zeit allgemeiner in Anwendung gekommene „Mitrinquelle“ mit eingeschlossen werden wird. Der eine Theil der projectirten Neubauten: Palmenhaus, die Wartesalons, der Wasserthurm und die Douche-Säle, ist bereits im Submissionswege vergeben worden. So läßt sich die ruhige Baubewerthung unausgesetzt angehen sein, manches Versäumte nachzuholen und Neues zu schaffen, um gerechtfertigten Anforderungen immer mehr zu entsprechen, das Bad mehr und mehr in Aufschwung zu bringen und aus denjenigen Standpunkt zu erheben, den einnehmen es berechtigt ist. — Um nach Habelschwerdt zu gelangen, passiert der Tourist, längs der „Reinerzer Weirg“ und des „Glaserdorfer Wassers“, das prächtige „Höllenthal“, im Kleinen ein zweites „Bupperthal“, durch Hartau, Waldorf, an Waldstein vorbei, nach Seyde mit Bad und Waisenhofen, in fast ununterbrochener Reihfolge an Glashäusern, Bretschneidmühlen, Holzstiftfabriken, Glashütten, Papierfabriken u. v. a., worauf in letzterem Orte die im Bad begriffene neue Straße von Glatz nach Habelschwerdt erreicht ist. Die Stadt gewährt mit ihren terrassenartig sich erhehenden Häuserreihen einen malerischen Anblick und ist nächst Glatz die älteste der Grafschaft. — Bad Langenau ist in etwa ½ Stunden erreicht. Dasselbe erweist sich mehr und mehr Beachtung, da es, obwohl der jüngste unter den Kurorten der Grafschaft, in seinem Eifer, die Concurrenz der benachbarten größeren Bäder auszuhalten, nicht nachgelassen, was durch seine sauerstoffreiche gesunde Luft, seine liebliche, geschützte Lage in äußerst lieblicher, viele Naturreize bietender Umgebung unterstützt wird, und doch der Ort sich, trotz seiner gebotenen Frequenz, seinen höchsten Vorzug, den ländlichen Frische und ungestörten Lebensweise, erhalten hat. Für Bequemlichkeit der Kurgäste durch Verbesserung der Anlagen, verbesserte Einrichtungen der Wohnungen u. v. a. wird fortwährend Sorge getragen, wozu sich Jeder abzugeben muß, der seinen Besuch hier erneuert. Durch die Bahn ist eine wesentliche Erleichterung der Verbindung eingetreten und wird diese gewiß ein unumwundenes Bewandern und einen allgemeineren Gebrauch vermitteln. Logiskäufer sind in ausreichender Menge und Bequemlichkeit vorhanden; die innerhalb des Kurortes und seiner nächsten Umgebungen befindlichen hübschen Anlagen, Spaziergänge und der Park erhöhen die Bequemlichkeit der Kurgäste, die in einem idyllischen Stilleben durch den Eisenbahnverkehr nicht gestört werden, da eine Haltestelle nicht errichtet worden ist. Dadurch hat Langenau aber auch keinen Bahnhof erhalten, weshalb ankommende Kurgäste auf den in Habelschwerdt angelegten sind. Höchst vortheilhaft präsentirt sich das durch Dampf erwärmte, elegante 20 Fuß lange, 20 Fenster-Rängen-Front und 40 Badestellen enthaltende, Badehaus, das gleichzeitig Stabl-, Moor-, Douche- und Dampfbäder enthält. — Durch Wollsdorf nach dem Spitzberge „Maria Schnee“, 2850 Fuß, von diesem Abhänge die Wallfahrtskapelle ins gläubige Land herniederleuchtet. Ein durch seine Regelform angelegte Vorberg des Schneegebirges, an drei Seiten theilweise mit schroffen Felswänden steil aufsteigend, während auf der Ostseite ein hochinteressanter Aufstieg über Colonie Spitzberg, den Heuberg und schwarzen Berg links lassend, in die „Schneise“ des „großen Schneegebirges“ führt. Ober mit Umgebung dessen direct nach dem „Ruh“ und Seitenberg. Der Berg geist durch sein aus Stein erbautes Wallfahrtskirchlein „Maria zum Schnee“ eines weit verbreiteten Rufes. Dasselbe ist mit zahlreichen hölzernen, mit dem Trödel der Andacht gefüllten Krambuden umgeben, in denen allerhand Gegenstände als Andenken feil geboten werden und bietet eine der schönsten, lieblichsten und überraschendsten Ausichten in die Grafschaft. Auch die breitgetretene Spur des steilen Fußsteiges beweist die Anziehungskraft des gewöhnlichen Dinges. Ueber die Kapelle hinauf führen geschmacklose Statuen bis zum Kreuze des Gipfels; Heiligenbilder und Kreuzfiguren stehen an den Kreuzwegen, doch wird durch die Aufregung der Gegenwart der Wanderer im amüßigen, von der Natur ungemein begünstigten Glaser-Ländchen wohl nirgend vom Fanatismus berührt.

[Notizen aus der Provinz.] * Deutzen OS. Die hiesige „Grenzzeitung“ schreibt: Durch einzelne Erkrankungen und Todesfälle in Folge der Cholera hat sich die königl. Regierung veranlaßt gesehen, die Wallfahrten zu unterbinden, um die Verschleppung dieser Krankheit durch die Wallfahrer zu verhindern. Da auch der Tod des Lehrers aus Ober-Heppel nach dreitägigem Leiden an der Cholera erfolgt ist, so erscheint die Maßregel der königl. Regierung auch für unseren Kreis eine sehr erwünschte. In den Wallfahrten nach Ausland erhält kein preussischer Unterthan mehr einen Halbpaß.

† Firschberg. Wie der „Vot“ berichtet, ist der Frau Matilde von Schmeling, alleinigen Geschäftsinhaberin der Firma Carl Samuel Häusler, die verdiente Auszeichnung zu Theil geworden, zur Hoflieferantin Sr. königl. Hoheit des Prinzen Friedrich Carl von Preußen ernannt zu werden.

Sprechsaal.

Der Post- und Telegraphen-Verkehr in Breslau.

Durch die Güte der betreffenden kaiserlichen Behörden sind wir in den Stand gesetzt, folgende Mittheilungen über diese interessante Seite des öffentlichen Verkehrs zu machen. Wir geben zunächst die Hauptzahlen für das letzte Jahr, während dessen die mannigfaltigsten Einflüsse, wie der Krieg, die aufsteigende und abfallende Curbe des Geschäftslebens auf die Gestaltung der Zahlen gewirkt haben:

	1870	1871	1872	1873	1874
Briefe, Druck-	5,540,346	6,330,510	6,291,450	6,867,828	9,189,342
sachen, Proben	100,0	114,3	113,6	124,0	165,9
In Procenten					
Pakete und	753,336	817,110	945,090	917,082	1,030,853
Gelbsendungen	100,0	108,5	125,5	121,7	136,8
In Procenten					
Post-	126,250	130,305	148,371	161,092	240,597
anweisungen	100,0	103,2	117,5	127,6	190,6
In Procenten					
Zeitung-	12,178,304	11,412,145	11,541,995	12,296,307	13,805,357
Nummern	100,0	93,7	94,8	101,0	113,4
In Procenten					
Angenommene	166,457	180,369	246,436	279,874	245,768
Depeschen	100,0	108,4	148,0	168,1	147,6
In Procenten					
Sa. Verkehrsstände	18,764,693	18,870,439	19,173,342	20,522,183	24,511,917
In Procenten	100,0	100,6	102,2	109,4	130,6
In Procenten					

Diese colossale Summe einzelner Verkehrs-Operationen stellt übrigens nur ungefähr drei Viertel des gesamten Post- und Telegraphen-Verkehrs dar. Denn den eingegangenen Briefen und Paketen entspricht eine ungefähre gleich große Zahl abgegangener Briefe, den abgegebenen Postanwei-

sendungen; eben so viel ausgezahlte, sowie den angekommenen telegraphischen Depeschen eben so viel abgegangene.

Ein genaues Verhältniß des Abgangs zur Ankunft ist nur bei Paketen und Geldsendungen einerseits und telegraphischen Depeschen andererseits festgestellt. Es sind Pakete abgegangen:

	1870	1871	1872	1873	1874
	772,902	936,126	1,016,280	1,061,280	1,130,148
also mehr, als eingegangen	19,566	119,016	71,190	144,198	99,295
Depeschen aufgegeben	157,157	176,258	231,822	247,047	219,571
also weniger, als an-					
genommen	9,300	4,111	14,614	32,827	26,197

Es ist eine eigenthümliche Erscheinung des großstädtischen Verkehrs, daß regelmäßig durch die Post mehr gegeben, als genommen wird, daß man aber durch den Telegraphen viel weniger wissen will und mittheilen hat, als man auf diesem „nicht mehr ungewöhnlichen Wege“ erfährt. Der Grund beruht offenbar in der Natur des großstädtischen Geschäfts. Das Material zu den 100—150,000 Paketsendungen, die wir durch die Post mehr abgeben, als empfangen, bekommen wir in roherer Gestalt durch die Eisenbahn zugesandt; dasselbe wird hier verarbeitet und mit geringerem Volumen, aber größerem Werth dem feineren und theuerern Verkehrsmittel überantwortet. Mittels der Eisenbahn müssen wir daher viel mehr zugesandt erhalten, als wir wieder damit fortschicken. Was von dem Reste nicht mit der Post abgeht, wird hier consumirt, wie wir des Näheren mittheilen wollen, wenn sammtliche Berichte der hiesigen Eisenbahnen pro 1874 erschienen sind.

Wenn wir durch den Telegraphen mehr erfahren, als erfragen, so liegt das offenbar zum großen Theil an der Concentration des Großgeschäfts, namentlich in Effecten und Producten an der Börse. Denn bevor durch eine solche Frage und Antwort ein solches Geschäft perfect geworden ist, haben es und so viel Hände, und darunter viele telegraphisch, mitgewirkt. Zudem findet nach den Centralpunkten des Verkehrs ein beständiger, körperlicher und geistiger Anhang einer weit über deren nähere Umgebung hinausgehenden Bevölkerungsmasse statt, die alle von der Großstadt etwas wissen wollen, während der Großstädter selbst in einer gewissen solchen Selbstgenugsamkeit seine Umgebung viel eher entbehren zu können glaubt.

Sehen wir uns nun die verschiedenen Arten des Post- und Telegraphen-Verkehrs näher an, so haben verhältnismäßig am Meisten zugenommen die Postanweisungen, dann folgen die Briefe und Druck-sachen u. v. a., dann die Depeschen, dann die Pakete, endlich die besorgten Zeitungs-Nummern. Bei der colossalen Vermehrung, die namentlich die ersten beiden Kategorien zeigen, — 2,321,514 Briefe und Druck-sachen, sowie 79,505 Postanweisungen in dem einen Jahre 1874 mehr als im Vorjahr — muß indessen berücksichtigt werden, daß eine eigentliche vollständige Zahlung nicht stattfindet, sondern daß nur während zweier je 10-tägiger Zeiträume im Monat März und September jedes Jahres wirklich gezahlt wird und daß dann das so gefundene Resultat ohne Weiteres auf das ganze Jahr durch Rechnung verallgemeinert wird. Sind nun zufällige Umstände vorhanden, welche den Postverkehr an einem solchen Zeitpunkt ganz besonders vermehren müssen, so wird der Ueberfluß auf diese Weise sehrschunddreifach. In der That waren nur solche zufällige Umstände in der Zahlungsbede des Septembers v. J. in ganz hervorragender Weise vorhanden, nämlich die Naturforscherversammlung, deren Correspondenz unserem normalen Breslauer Verkehr für das ganze Jahr zu Gute gerechnet ist. Wir müssen also, wohl oder übel, die solchen Millionen etwas einschränken. Es bleibt aber immer noch genug übrig, um eine recht respectable Stelle auf der, auch nach diesem Maßstab errichteten Cultur-Stufenleiter einzunehmen. In Berlin, worauf, als Landesparlament, das von der Concentration des Verkehrs Segelnde vorzugsweise Anwendung findet, wurden im letzten Volkszählungsjahr ca. 28 Millionen Briefe, Druck-sachen und Waarenproben, incl. der innerhalb der Stadt courrenden ermittelt, auf den Kopf der Bevölkerung also ca. 34 Briefe, in Breslau im demselben Jahr (ohne Naturforscherversammlung) 30 Briefe.

	1870	1871	1872	1873	1874
Zusammen	412,999	437,741	500,551	531,339	543,410
In Procenten	100	105,99	121,11	128,65	131,58

Hieraus sind die Porto-Einnahmen der Post stetig gestiegen, aber bei weitem nicht in dem Verhältniß, wie die Postzahlen. Da nun die Geld-Einnahmen eine sichere, nicht willkürlich berechnete Ziffer darstellen, so kann mit Sicherheit der Schluß gezogen werden, daß der berechnete Postverkehr der Wirklichkeit gegenüber nicht unerheblich zu hoch ausgefallen ist.

Die Depeschen-Gebühren sind in den Jahren 1872 und 73 außerordentlich gestiegen, und zwar in ungefähr gleicher Weise, wie die Depeschen selbst. Auch dieser Umstand unterstützt unsere Ansicht, daß es in Wirklichkeit bei der Post nicht viel anders sein kann. Im Jahre 1874 sind dagegen die Depeschen-Gebühren wieder sehr, und zwar unter den Betrag von 1872, gefallen. Diese Thatsache weist auf den matten Geschäftsverkehr, namentlich an der Börse hin. Man hat es jetzt nicht mehr so eilig mit dem „Geben“ und „Nehmen“, scheut die größeren Kosten des Telegraphirens und macht so vieles brieflich ab, was früher nicht anders, als „per Drath“ gehen konnte. Daher verippt die Post keinen Ausfall, ebensowenig auch die Gesamt-Einnahme aus dem Post- und Telegraphen-Verkehr.

Auch dieser innige Conner zwischen den beiden Verkehrsarten weist auf die Nothwendigkeit ihrer ressortmäßigen Verbindung hin. Dr. Bruch.

Berlin, 29. Juli. Der geschäftliche Verkehr entlebte die geringe Regsamkeit, die ihm überhaupt heute eigen war, lediglich den wenigen Deductions-läufen derjenigen Speculanten, die ihre Engagements bisher noch nicht beglichen hatten. Hierdurch gewann das Cassagegeschäft einen festeren Charakter und contrahirte in einigermaßen auffälliger Weise gegen Augusttermin. Die Deposits haben wiederum etwas angezogen und zeichnen sich in dieser Hinsicht namentlich Defferr. Creditactien aus. Dasselben bedangen gestern 10—15 Pf. Depot, heute stieg dieser jedoch bis 90 Pf. Der Geldstand hat neuerdings keine Verbesserung mehr erlitten. Feinste Disconten erzielten 4 1/2 bis 5 1/2 %. Der Umlauf in den internationalen Speculationspapieren blieb ziemlich belanglos, die geringen Courssteigerungen erweisen sich als Folge der erwähnten Deductions-läufe. Defferr. Nebenbahnen zeigten sich sehr ruhig und änderten kaum die Notirungen. Galizier fest. Sehr schwach war die Wertheilung der localen Speculationspapiere am Verkehr, meist konnten dieselben aber auch eine geringe Courssteigerung durchsetzen. Disc.-Command. 154,50, Aug. 154 1/4 — 4 1/4 — 4 1/4, Dortmund Union 13,75, Laura 88, Aug. 87,40 — 87,25. Ausland. Staatsanl. gingen wenig um. Oesterreichische Renten behauptet, aber ruhiger, Loosapapiere in quier Frage, Italiener und Türken sehr fest. Von russischen Werthen zeichneten sich Prämien-Anleihen wiederum durch eine Coursadvance aus. Preuß. und andere deutsche Staatspapiere fest. Rheinische Hypoth.-Bank-Pfandbr. bei lebhaftem Umlauf 5 1/2 bis 102,25 bez. u. Ob., 4 1/2 %ige 98,50 bez. u. Ob., 4 1/2 %ige 92,30 bez. und Ob. Das Prioritätengeschäft trug einen sehr festen Charakter, die Umläufe blieben indes beschränkt. Von einheimischen Prioritäten waren 4- und 4 1/2 %ige be-achtet, Berg-Märk. 3 1/2 %ige Rtt. C. in größeren Posten gehandelt. Auf dem Eisenbahn-Actien-Markt ruhte für schwere Bahnen das Geschäft fast gänzlich. Anhalter besser, Halberstädter behaupteten sich auf letzter Notiz, Steintiner matt. Leichte Bahn-Actien fanden bessere Beachtung. Danzianer ganz ohne Leben. Preuß. Bodencredit und Centralbank für Industrie und Handel belebt und besser, Norddeutsche Grundcredit rege und anziehend, Darmstädter höher, Mecklenburger Bodencredit und Mecklenburger Hypotheken matter. Ritterschaftliche Privat-Bank offerirt. Industrie-Papiere im Allgemeinen fest. Elberf. Feuerversicherung zu steigendem Course begehrt. Charlottenb. Baugel. steigend. Westend zwar etwas niedriger, aber begehrt. Lindenbaur. fest. Königsbühl höher. Deutsche Eisenbahndängel. matter. Anhalter Maschinen, Egells und Oberthies. Eisenbahndängel beliebt. Görlitzer Eisenbahndängel steigend, ferner Nordb. Eisenbahndängel und Berliner Eisenbahndängel auf beachtet, Hoffmann Wagenbau belebt, Wilhelmshütte matter, Leopoldshall besser, Stassfurter Chem. begehrt, auch Köpnicer Chem. Fabrik anziehend. Montanwerke bevorzugt, Siegen und Schwelm höher, Bergisch-Märkische, Rechenbühl, Rhein-Nassau begehrt, Gelsenkirchen steigend. Nach Schluß der Börse meldete L. S. Z. aus London die Herabsetzung des Disconts der Bank von England auf 2 1/2 pCt. — Um 2 1/2 Uhr fest. Cassa-Course: Credit 387 1/2, Lombarden 174 1/2, Franzosen 511 1/2, Disconto-Comm. 154 1/2, Dortmund Union 13 1/4, Laura 87 1/4.

Liquidationscourse pro ult. Juli c.: Ital. Rente 72,75, Defferr. Creditactien 387, Defferr. 1860er Loose 119,25, Defferr. Papierrente 61,30, Defferr. Silberrente 67,40, Galizier 104,25, Defferr. Nordwestbahn 263, Franzosen 510, Lombarden 175, Türken 40,40, Russ. Staatsanl. 110,50, Reichs-Bankanl. 145,50, Amerik. de 1882, Rum. Eisenbahnanl., Dortmund Union, Laura 87 1/4, Gelsenk., Hibernia u. Spantod, Preuß. Eisenbahnanl., Dan-

